

Das Freihandelsdogma der EU

Die Ideologie des Freihandels ist zentraler Bestandteil der EU-Außenhandelsstrategie. TTIP ist der bislang weitestreichende Versuch von Politik und Wirtschaft, unter dem Deckmantel des freien Warenverkehrs gesellschaftliche Errungenschaften abzubauen. Doch auch auf andere Verhandlungen trifft dies zu, etwa mit Kanada (CETA) oder mit den Ländern Afrikas, der Karibik und dem Pazifik (EPAs). Verschleiert als Maßnahmen gegen die Krise erleben wir so eine heftige Welle neoliberaler Globalisierung und Entdemokratisierung. Freihandel nach außen und Austeritätspolitik innerhalb Europas bilden eine unheilvolle Allianz.

TTIP in die Tonne!

Attac ruft auf: Widerstand jetzt!

Jede Verhandlung kann scheitern – das hängt von uns allen ab. Viele Menschen in Europa und den USA, darunter KommunalpolitikerInnen, Bauern und Bäuerinnen und auch kleine UnternehmerInnen sehen die Verhandlungen sehr kritisch. In Deutschland hat sich dazu ein Bündnis gebildet (www.ttip-unfairhandelbar.de). TTIP ebnet keinen Weg, um Wirtschaft-, Energie- und Umweltkrisen zu lösen, sondern bringt uns einer unsolidarischen Welt und einer „marktkonformen Demokratie“, einer Demokratie, die sich dem Markt unterwirft, näher.

Transnationaler Protest

Auch in den USA wenden sich Umweltorganisationen, Gewerkschaften und konzernkritische Bewegungen gegen das TTIP. Auch sie betrachten die „Harmonisierung“ von Regelungen als Absenkung wichtiger hart erkämpfter Standards und Verbraucherrechte. Eine Aus-

weitung der Konzernmacht lehnen sie entschieden ab.

Unsere Alternative zu TTIP: Solidarischer und ökologischer Welthandel

Ein europäisches Bündnis aus 50 Organisationen hat in einem vierjährigen offenen Beteiligungsprozess Grundlagen und Handlungsvorschläge für eine alternative Handelspolitik entwickelt, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert (alternativetrademanda-te.org). Menschenrechte, menschenwürdige Arbeit, soziale und ökologische Ziele sind nicht verhandelbar! Demokratie, Selbstbestimmungsrecht von Gemeinschaften und flache Hierarchien sollen als Grundlage einer selbstbestimmten Gesellschaft festgeschrieben werden.

Kernforderungen von Attac:

- TTIP-Verhandlungen sofort beenden!
- Verhandlungsdokumente bei Handels- und Investitionsabkommen stets umgehend offenlegen!
- Keine Sonderklagerechte für Konzerne – bestehende Verträge müssen geändert werden!
- Handels- und Investitionspolitik muss dem Gemeinwohl dienen und die Umwelt bewahren!

Jetzt mitmachen!

- Die Online-Aktion des Bündnisses gegen TTIP unterschreiben! (www.attac.de/ttip-stoppen)
- Informationen einholen: Auf unserer Webseite, über unseren Newsletter und auf unseren Veranstaltungen (www.attac.de/ttip)
- Freunde und Bekannte, Medien und PolitikerInnen auf TTIP ansprechen!
- Unsere Arbeit mit einer Spende unterstützen!

Attac in Norden: www.attac-netzwerk.de/norden

Konzerne profitieren, Menschen verlieren



„Frei“-Handelspakt EU - USA: Das TTIP-Abkommen und seine Folgen

TTIP = T (Transatlantische)
T (Handels (= "Trade") und
I (Investitions-)
P (Partnerschaft)



Politisches Engagement kostet Zeit und Geld - bitte unterstützen Sie uns mit einer Spende!

Attac Trägerverein e.V.
BIC: GENODEM 1 GLS
IBAN: DE57 43060967 0800100800

Konto-Nr.: 800 100 800
BLZ: 43060967
GLS Gemeinschaftsbank

In geheimen Verhandlungen wollen die EU und USA mit einem umfassenden Pakt eine transatlantische Freihandelszone erschaffen. Angepriesen wird uns die geplante Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) als kostenloses Wachstumsprogramm – bezahlen müssen es allerdings die BürgerInnen der EU und USA. Andere Freihandelsabkommen wie z.B. das nordamerikanische haben jedenfalls die diesbezüglichen Erwartungen für Wachstum und Wohlstand der Allgemeinheit nicht erfüllt. Es besteht vielmehr die Gefahr, dass Gesetze und Vorschriften zum Schutz von Mensch und Umwelt abgebaut werden könnten; ja, unsere demokratische Rechtsstaatlichkeit könnte untergraben werden. Noch kann das Vorhaben gestoppt werden. Gemeinsam mit Menschen aus Europa und USA setzen wir uns dafür ein.

Konzernmacht statt Demokratie

Geheimverhandlungen

Die EU-Kommission hat vom Europäischen Rat ein umfassendes Mandat erhalten, um mit den USA ein Gesamtpaket auszuhandeln. Die Bevölkerung erfuhr von den geheimen Verhandlungspositionen nur über durchgesickerte Dokumente. Anders dagegen die Wirtschaftslobby; sie hat erheblichen Einfluss auf die Verhandlungen und erstellt den Großteil der Expertisen. Parlamente bekommen den fertigen Vertrag erst nach Ende der Verhandlungen vorgelegt. Ändern können sie ihn nicht, die Abgeordneten sollen ihn nur noch abnicken. Auf diese Weise entsteht ein Pakt, in dem die Wunschliste der Konzerne als zukünftige internationale Wirtschaftspolitik festgeschrieben wird.

Konzerne machen Staaten den Prozess

So sollen ausländische Investoren vor Schiedsstellen gegen Staaten klagen können, wenn sie ihre Gewinnerwartungen durch Gesetze eingeschränkt sehen (siehe Beispiel



rechte Spalte). Während inländische Unternehmen sich in solchen Fällen an die allgemeinen Rechtswege halten müssen, sollen internationale Investoren Sonderklagerechte in einem völlig intransparenten Schiedssystem bekommen. Hier entscheiden keine ordentlichen Gerichte, sondern private, hoch bezahlte Juristen. Unabhängigkeit, Rechenschaftspflichten oder Berufungsmöglichkeiten gibt es nicht. Die Zahl solcher Schiedsverfahren steigt weltweit, und oft geht es um milliardenschwere Entschädigungsforderungen (aus Steuermitteln zu begleichen). Die Gesetzgeber könnten

zukünftig eher auf Verbesserungen im Verbraucherschutz, im Sozial- oder Umweltbereich etc. verzichten, als die Klage eines Großkonzerns zu riskieren.

Ein Beispiel: Die Provinz Québec verhängte 2012 aufgrund eines Bürgerentscheides ein Fracking-Moratorium. Daraufhin hat der kanadische Konzern Lone Pine über seine US-amerikanische Tochterfirma 2013 eine „Investor-to-State“-Klage eingereicht. Der Konzern fordert 250 Millionen kanadische Dollar als Entschädigung vom kanadischen Staat. Bei seiner Klage bezieht sich der Konzern auf das Investitionsschutzkapitel des nordamerikanischen Freihandelsabkommens NAFTA.

Konzerne wollen Parlamente entmachten – Living Agreement

Es wird zur Besänftigung der Öffentlichkeit wohl kein Abkommen geben, in dem Begriffe wie Gentechnik, Hormonfleisch oder Chlorhuhn auftauchen. Besonders scharf kritisierte „Handelserleichterungen“ scheinen damit vom Tisch – doch Vorsicht! Sie kommen wieder. Denn der TTIP-Vertrag soll ein „Living Agreement“ werden, also ein für künftige Entwicklungen offenes Abkommen. Das bedeutet: Alles, was Parlamente oder die Öffentlichkeit jetzt nicht akzeptieren würden, wird – nach bisher durchgesickerten Informationen – verlagert in einen transatlantischen „Regulierungsrat“, der es Konzernen ermöglichen wird, sehr früh in Gesetzgebungsverfahren mit einem Mitspracherecht eingebunden zu werden – und zwar lange bevor Parlamente die Vorschläge zu sehen bekommen. Mit dem Mittel der „regulatorischen Harmonisierung“ sollen gegenseitige Anerkennungen von Standards durchgesetzt und bestehende Gesetze überarbeitet werden. Die Konzernlobby könnte diesen Hebel nutzen, um bestehende „Handelshemmnisse“ zu beseitigen und z.B. neue Verbraucherschutzgesetze zu verhindern.

TTIP: Konzerne profitieren, Menschen verlieren

Welche „Handelshemmnisse“ sollen beseitigt werden?

Alles, was den globalen Konzernen zusätzliche Kosten und damit weniger Gewinn zu beschern vermag, könnte entweder massiv abgesenkt oder ganz beseitigt werden: also Produktionsstandards, Verbraucherschutz- und ArbeitnehmerInnenrechte, Lohnniveaus, Umwelt- und Sozialauflagen.

- Vorsorgeprinzip. In der EU müssen Unternehmen vor der Zulassung ihrer Produkte und Verfahren nachweisen, dass diese unschädlich sind; sieht die Behörde ein Risiko, kann sie die Zulassung verhindern. In den USA dagegen kann die Zulassungsbehörde erst im Nachhinein einschreiten; sie muss die Schädlichkeit streng wissenschaftlich nachweisen. Großen Unternehmen ist das EU-Modell schon lange ein Dorn in Auge.

- Verbraucherschutz. Viele Auflagen, etwa bei Nahrungsmitteln, könnten wegverhandelt werden. Folge: Hormonfleisch, gentechnisch veränderte Lebensmittel oder mit Chlor desinfiziertes Geflügel könnten dann auch in der EU verkauft werden.

- ArbeitnehmerInnenrechte. TTIP könnte die Abwärtsspirale bei Arbeits- und Sozialstandards EU-weit beschleunigen, zumal in den USA deutlich schwächere Rechte gelten. Außerdem haben andere Freihandelsabkommen trotz gegenteiliger Versprechungen ganz überwiegend zu Arbeitsplatzabbau und massiver Ausweitung des Niedriglohnsektors geführt.

- Regulierung der Finanzmärkte. Die Ursachen der Finanzkrise wurden kaum bearbeitet. Mit TTIP stehen die wenigen Regulierungsfortschritte, wie sie vor allem in den USA zu Krisenbekämpfung eingeleitet wurden, wieder unter Beschuss.

- Öffentliche Daseinsvorsorge. Schon jetzt fördert die EU den Verkauf von öffentlichen Bildungs- und Pflegeeinrichtungen, der Wasserversorgung etc. Mit TTIP möchte die Konzernlobby internationale weitere Privatisierungen öffentli-

chen Eigentums auf Kosten der Allgemeinheit verankern.

- Öffentliches Beschaffungswesen. Wenn öffentliche Stellen Aufträge vor Ort vergeben, etwa um die regionale Wirtschaft anzukurbeln oder um unnötige Transportwege zu verhindern, diskriminieren sie entfernte Anbieter – in einer Freihandelszone ist das verboten. Im Rahmen der Verhandlungen mit den USA drängt die EU auf eine sehr weitreichende Liberalisierung des öffentlichen Beschaffungswesens.

Die eigene Region gezielt zu stärken oder soziale und ökologische Ziele zu berücksichtigen wird weitgehend unmöglich gemacht. Dies könnte auch als Einfallstor dienen, um die Wasserversorgung, selbst in den USA noch überwiegend in kommunaler Hand, zu privatisieren.

- Kulturförderung. Entgegen den Beteuerungen der zuständigen Kommission könnten auch die europäische Filmförderung, die Buchpreisbindung oder die öffentliche Förderung kultureller Einrichtungen jederzeit dem Freihandel geopfert werden.

- Datenschutz. Daten abgreifen einerseits, (digitale) Güter kontrollieren andererseits: Unterhaltungsindustrie und Internetdienstleister wollen unser Konsumverhalten durchleuchten und steuern.

- Patente. Auch Agrarindustrie oder Pharmaindustrie versuchen, über „Patentschutz“ maximale Kontrolle über lebenswichtige Produkte aufzubauen. Mit Hilfe des breiten Investitionsschutz-Begriffes bei TTIP könnten Konzerne diese zukünftig gegen Staaten einklagen.

Kein Kuhhandel mit unserer Zukunft!

Die EU könnte z. B. anbieten, das Einfuhrverbot für Hormonfleisch zu streichen und im Gegenzug von den USA zu fordern, ihre Zulassungskontrollen für neue Medikamente abzuschwächen. Die erhofften Wachstumsimpulse würden einem unverantwortlichen Kuhhandelsprinzip folgen – etwa der Art: Mehr Medikamente in den USA und noch billigeres Fleisch in Europa. Stets droht die Schwächung von Standards, nur sehr selten eine Stärkung. Denn das Ziel der Verhandlungen ist es, Produktion zu verbilligen, Handel zu steigern und die Profite zu erhöhen.

